

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 25.05.2020 um 14:30 Uhr
Festhalle Pirmasens, Volksgartenstraße

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	24

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Herr Dr. Florian Dreifus

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Herr Jürgen Hartmann

Herr Thomas Heil

Herr Gerhard Hussong

Herr Florian Kircher

Frau Helga Knerr

Frau Gabriele Mangold

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Herr Bernd Schwarz

Herr Stefan Sefrin

Herr Tobias Semmet

Herr Berthold Stegner

Herr Sebastian Tilly

Herr Manfred Vogel

Herr Ferdinand L. Weber

Herr Bastian Welker

Herr Steven Wink

Protokollführung

Herr Daniel Durm

Herr Robin Juretic

Frau Anne Vieth

TOP 2, TOP 10, TOP 11.3

von der Verwaltung

Herr Jörg Groß
Herr André Jankwitz
Frau Talea Meenken
Herr Oliver Minakaran
Herr Leo Noll
Herr Gustav Rothhaar

Zur Sitzung hinzugezogen:

Herr Manuel Cölsch
Frau Maren Müller
Herr Jan Weimann

Abwesend:

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert
Frau Edeltraut Buser-Hussong
Herr Dieter Clauer
Herr Maurice Croissant
Herr Wolfgang Deny
Frau Ulla Eder
Frau Brigitte Freihold
Herr Frank Fremgen
Frau Heidi Kiefer
Herr Hartmut Kling
Frau Susanne Krekeler
Frau Brigitte Linse
Herr Dr. Bernhard Matheis
Herr Jürgen Meier
Herr Ralf Müller
Frau Sabine Schunk
Frau Annette Sheriff
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Erich Weiß
Herr Heinrich Wölfling
Frau Regina Zipf

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er führt aus, die heutige Ratssitzung finde unter besonderen Umständen statt, da der Stadtrat aufgrund der Corona-Pandemie in einer verkleinerten Form tage. Zusätzlich würde nach 90 Minuten eine Pause gemacht.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Der Vorsitzende bitte den, den Tagesordnungspunkt 11.3 „Anträge der Fraktionen - Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2020 bzgl. Pirmasens isst auf seinen Plätzen" zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 2 „Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für Außenbewirtung anlässlich der Corona-Krise“ zu behandeln.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die gemeinsame Beratung unter TOP 2.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Jugendstadtrat
 - 1.1. Vorstellung des Vorstands
 - 1.2. Antrag - Ampelmännchen mit dem Motiv "Landgraf Ludwig"
2. Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für Außenbewirtung anlässlich der Corona-Krise
3. Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für den barrierefreien Ausbau des ÖPNV - Information
4. Feststellung von Kostenvoranschlägen; Winzler Torplatz - Umgestaltung
5. Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN)
Kofinanzierung der Projekte aus dem Förderprogramm Saubere Luft
6. Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);
Aufstellung des Bebauungsplans F 121 „Gewerbe- und Industriepark Staffelberg“; Aufhebungsverfahren zu den Bebauungsplänen F 111, F 112 und F113
 1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans F 121 „Gewerbe- und Industriepark Staffelberg“
 2. Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan F 111 „Staffelberg“
 3. Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan F 112 „Transportbetonwerk Staffelberg“
 4. Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Vorhabenbezogenen

Bebauungsplan F 113 „Theo Kleiner Recycling GmbH“

5. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an den Bebauungsplänen F 121, F 111, F 112 und F 113

6. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an den Bebauungsplänen F 121, F 111, F 112 und F 113

7. Auftragsvergaben

7.1. 73 Generalsanierung BBS - Gebäude "A"

- Los 07 Heizung - ohne Verkabelung mit MSR -Auftragsvergabe -

7.2. Ausbau der Hohmärtelstraße - Vergabe der Straßenbauarbeiten

8. Zuschuss an Dynamikumverein zur Verlustabdeckung für das Wirtschaftsjahr 2018

9. Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO

10. Resolution "Kommunaler Rettungsschirm und Altschuldenhilfe angesichts der Corona-Pandemie"

11. Anträge der Fraktionen

11.1. Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE/PARTEI vom 13.05.2020 bzgl. "Resolution Kommunales Bauen - Baupreisdeckel"

11.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2020 bzgl. "Nachtragshaushalt 2020"

11.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2020 bzgl. "Pirmasens isst auf seinen Plätzen"

12. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 1 Jugendstadtrat

Der Vorsitzende teilt mit, in der heutigen Sitzung stelle sich der Vorstand des Jugendstadtrates vor, da die Zusammenarbeit der Gremien wichtig sei. Auch hätten diese ein Rederecht im Stadtrat.

Des Weiteren hätte der Jugendstadtrat die ehrenamtlichen Helfer in der Corona Krise unterstützt. Zum einen in der Infektambulanz und zum anderem bei der Pirmasenser Tafel. Somit sei durch die Jugendlichen ein großer Beitrag geleistet worden.

zu 1.1 Vorstellung des Vorstands

Herr Cölsch erklärt, er sei der stellvertretende Vorsitzende und Frau Maren Müller die 2. Stellvertretende Vorsitzende des Jugendstadtrates. Dieser vertrete rund 3.000 Jugendliche und Kinder, die in der Stadt Pirmasens leben.

Der Jugendstadtrat tage einmal in der Woche, was aktuell jedoch nur online möglich sei. Als Jugendstadtrat habe man schon viel erreicht, wie beispielsweise die Teilnahme an der "Aktion saubere Landschaft" oder die Jugendsprechstunden.

Herr Weimann stellt sich als Vorsitzender des Jugendstadtrates vor. Eine große Chance sei es sich beim Stadtrat vorzustellen da dieser dem Jugendstadtrat die Chance gebe, mitzuent scheiden. Auch sei der Stadtrat herzlich willkommen bei einer Sitzung des Jugendstadtrates.

Der Vorsitzende zeigt auf, der Jugendstadtrat würde gut von den Jugendlichen und Kindern angenommen. Dies siehe man an der hohen Wahlbeteiligung. In Zukunft würde sich der Jugendstadtrat nochmals vorstellen, damit alle Mitglieder sich vorstellen könnten.

Ratsmitglied Eyrisch lobt die Arbeit des Jugendstadtrates.

zu 1.2 Antrag - Ampelmännchen mit dem Motiv "Landgraf Ludwig"

Frau Müller teilt mit, dies sei der erste Antrag den der Jugendstadtrat jemals gestellt habe. Sodann stellt sie den Antrag vor (siehe Anlage 1 zur Niederschrift).

Herr Weimann fügt hinzu, rechtliche Grundlagen seien vorab mit Herrn Beigeordnetem Clauer besprochen worden. Die Richtlinie erfordere, dass eine menschliche Silhouette zu sehen sei. Dies sei mit der Silhouette von Landgraf Ludwig gegeben. Sodann stellt er anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) die Gestaltung des „Ampelmännchen Landgraf-Ludwig“ vor.

Der Vorsitzende ergänzt, die Finanzierung der Ampelmännchen sei bereits durch die Verkehrswacht für die Stadt Pirmasens und den Landkreis Südwestpfalz e.V. und dem Lions Club Pirmasens e.V. zugesagt.

Ratsmitglied Weber fragt an, ob die Ampel am Schlossbrunnen nicht miteingeplant sei.

Herr Weimann erklärt, diese Ampel sei bis jetzt noch nicht eingeplant.

Ratsmitglied Weber teilt darauf mit, der Kreisverband der AfD sei für eine weitere Finanzierung bereit. Er fragt an, ob das Kontingent der Ampeln durch weitere Sponsoren erhöht würde.

Der Vorsitzende teilt mit, die Kosten für eine Ampel betragen 180€, über solch eine Spende entscheide dann der Stadtrat.

Ratsmitglied Eschrich erklärt, DIE LINKE könnte diesen Antrag nicht unterstützen, da Landgraf Ludwig bereits ausreichend gewürdigt würde.

Herr Cölsch erwidert, Landgraf Ludwig sei eine Identifikationsfigur der Stadt Pirmasens. Auch sei Pilou im Gespräch gewesen, jedoch müsse eine menschliche Silhouette abgebildet sein.

Ratsmitglied Kircher ergänzt, die Partei stehe hinter dem Antrag und stimme diesem zu.

Ratsmitglied Stegner fragt an, ob die grüne Figur dynamischer gestaltet werden könnte, da diese zu gemächlich sei.

Ratsmitglied Tilly teilt mit, diese Ampelmännchen seien ein touristisches Highlight und das Sponsoring sollte erweitert werden um mehr Ampeln zu bestücken.

Ratsmitglied Wink fügt hinzu, ein Schuh alleine genüge nicht, da Landgraf-Ludwig zum Nachdenken über die Geschichte anrege.

Der Stadtrat beschließt bei einer Gegenstimme, mehrheitlich:

Der Rat der Stadt Pirmasens beauftragt auf Vorschlag des Jugendstadtrates die Verwaltung, Installationen von Ampelmännchen mit dem Motiv „Landgraf Ludwig“ (siehe Entwurf) an ausgewählten Standorten für das gesamte Stadtgebiet zu prüfen und umzusetzen. Auf Anfrage des Beigeordneten Denis Clauer hat die Firma Siemens mitgeteilt, dass sich die Kosten für 5 Fußgängerfurten auf ca. 1.200€ brutto belaufen würden. Die erforderlichen finanziellen Mittel werden zu je gleichem Anteil von der Verkehrswacht für die Stadt Pirmasens und den Landkreis Südwestpfalz e.V. und dem Lions Club Pirmasens e.V. zur Verfügung gestellt.

zu 2 Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für Außenbewirtung anlässlich der Corona-Krise **Vorlage: 1002/III/32.2/2020**

Der Vorsitzende führt aus, dass dieser Tagesordnungspunkt auf eine Anfrage der CDU-Fraktion zurückginge und der Fraktion deshalb Gelegenheit gegeben werden solle die Anfrage nochmals zu begründen. Außerdem liege ein Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vor, welcher durch Ratsmitglied Tilly im Anschluss vorgestellt werde.

Ratsmitglied Eyrisch erläutert, dass die Anfrage aus der letzten Sitzung darauf abziele, wie man die Gastronomen unterstützen könne. Durch die geltenden Abstandsregeln seien weniger Gäste bei gleichbleibender Fläche möglich. Daher solle man die genehmigten Flächen der Gastronomen ausweiten und die Sondernutzungsgebühren erlassen. Einen Mehrwert des ergänzenden Antrags der SPD-Stadtratsfraktion erkenne sie darüber hinaus nicht.

Ratsmitglied Tilly erläutert den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion „Pirmasens isst auf seinen Plätzen“ gem. Antragsbegründung und erwidert, dass durch den Antrag die Anfrage der CDU weitergezogen würde. Auf den städtischen Plätzen fänden keine Feste statt, hier könne man sich sehr gut mobile Biergärten vorstellen. Hierdurch erreiche man einen Mehrwert, da man auch andere Plätze benutze.

Ratsmitglied Eyrisch ergänzt, dass dies auf den Plätzen schon möglich sei, sie sehe hier keinen Antrag, sondern vielmehr eine Anregung. Sie sei grundsätzlich für diese Idee, sehe aber keinen Mehrwert.

Ratsmitglied Eschrich führt aus, dass dies lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Die zu erlassenden 7.000 € würden nur einen kleinen Beitrag zur Hilfe der Gastronomen darstellen, grundsätzlich stimme er der Beschlussvorlage zu.

Ratsmitglied Tilly erklärt, dass für die Beschlussvorlage für das Jahr 2020 grundsätzlich Einigkeit bestehe und bittet um Prüfung, ob der Erlass auch für 2021 möglich sei.

Der Vorsitzende sagt, dass die Möglichkeiten zur Unterstützung durch die Stadt sehr begrenzt seien, der Erlass der Gebühren sei notwendig und auch sinnvoll. Bestehende Flächen könnten bei entsprechend vorhandenem Platz schnell erweitert werden. Auch die städtischen Plätze stünden den Gastronomen zur Verfügung, er sehe hier keinen Widerspruch. Man solle jedoch zuerst die vorhandenen Gastronomen unterstützen und keine zusätzlichen Konkurrenzangebote schaffen. Auch fehle für den Messplatz eine Idee, da dort anliegend kein Gastronom tätig sei.

Ratsmitglied Tilly erwidert, er könne sich dort in Erweiterung des Autokinos auch einen mobilen Biergarten vorstellen.

Der Vorsitzende erläutert, dass ein Erlass auf Dauer aufgrund haushaltsrechtlicher Vorschriften nicht möglich sei. Momentan bestehe ein öffentliches Interesse am Erlass der Sondernutzungsgebühren. Wenn dieses Problem auch im kommenden Jahr noch bestehe, kann der Erlass auch im Jahr 2021 wieder gewährt werden. Eine dauerhafte und komplette Abschaffung sei mit der Kommunalaufsicht nicht zu machen.

Ratsmitglied Hussong regt an, dass man die Situation im Frühjahr 2021 nochmals überprüfen solle und gegebenenfalls einen erneuten Erlass zu beschließen.

Der Vorsitzende führt abschließend aus, dass die Beschlussvorlage um den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion dahingehend ergänzt werde, dass auch auf städtischen Plätzen eine Sondernutzung kostenlos möglich sein soll.

Unter der Ergänzung des Vorsitzenden zur kostenfreien Nutzung der städtischen Plätze beschließt der Stadtrat sodann einstimmig:

Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung, die Gastronomiebetriebe von den städtischen Sondernutzungsgebühren für die Außenbewirtschaftung für das Jahr 2020 zu befreien.

zu 3 Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für den barrierefreien Ausbau des ÖPNV - Information
Vorlage: 0040/II/66.2/2020

Der Vorsitzende erklärt, bezüglich des barrierefreien Ausbaus des ÖPNV hätten die Ratsmitglieder vorab eine Präsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) sowie einen Erläuterungsbericht (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) erhalten. Das weitere Vorgehen stelle Bürgermeister Maas vor.

Bürgermeister Maas erklärt, der Nahverkehrsplan der Stadt Pirmasens sei zurzeit in der Aufstellung.

Nach den Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes müsste der Nahverkehrsplan eine Planung für den vollständigen, barrierefreien Ausbau des ÖPNV beinhalten, weshalb alle Haltestellen untersucht worden seien.

Das Ergebnis sei, dass von insgesamt 275 Bushaltestellen, 4 als vollständig barrierefrei gelten. 35 Haltestellen könnten durch eine Nachrüstung mit taktilen Blindenleitplatten vollständig barrierefrei werden. 3 Haltestellen befänden sich im Bereich von aktuellen Straßenbaumaßnahmen und somit würden 233 Haltestellen zum vollständigen Umbau verbleiben.

Allerdings ließe das Personenbeförderungsgesetz Ausnahmen zu, wenn diese ausreichend und im Einzelfall begründet seien. Bei Zählungen von 2016 bis 2018 sei festgestellt worden, dass es bei 81 Haltestellen unter 10 Fahrgäste am Tag und keine beeinträchtigten Personen gebe. Somit verblieben 152 Haltestellen zum Umbau.

Dieser Umbau sei mit einem Anteil von 85% durch das Landesverkehrsfinanzierungsgesetz und des Landesfinanzierungsausgleichsgesetz förderfähig. Rund 300.000€ würden vom Land zur Verfügung gestellt werden. Hierzu sei eine Vereinbarung mit dem Land getroffen worden.

Ratsmitglied Tilly teilt mit, gemäß §8 PBefG müssten alle Haltestellen bis 01.01.2022 barrierefrei sein. Jedoch reiche dies nicht für alle Haltestellen.

Bürgermeister Maas erklärt, die Haltestellen würden nach und nach umgebaut.

Ratsmitglied Kircher fragt nach, was mit den 81 Haltestellen geschehe, die unter die Ausnahmen fielen.

Bürgermeister Maas zeigt auf, diese 81 Haltestellen würden mit den Straßenausbaumaßnahmen erneuert.

Ratsmitglied Eschrich fragt nach, wie dieser Ausbau zum Verkehrsentwicklungsplan stehe.

Bürgermeister Maas erklärt, der Verkehrsentwicklungsplan würde in der Stadtratssitzung am 29.06.2020 vorgestellt. Des Weiteren stehe der Verkehrsentwicklungsplan im Kontext zum Nahverkehrsplan.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dies sei lediglich eine Information, weshalb kein Beschluss gefasst werden müsste.

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis.

zu 4 Feststellung von Kostenvoranschlägen; Winzler Torplatz - Umgestaltung Vorlage: 0987/II/67/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Garten- und Friedhofsamtes vom 16.04.2020.

Der Vorsitzende zeigt auf, der Platz am Winzler Tor sei ein traditioneller Teil von Pirmasens, jedoch sei durch die Fernsehdokumentation von Pirmasens den Einwohnern Unrecht getan worden.

Das Winzler Viertel sei ein gutes Viertel, auch wenn in den vergangenen Jahren Baurückstände vorhanden gewesen seien. Ein städtebaulicher Entwicklungsbedarf bestehe nach wie vor, weshalb das Winzler Viertel im Fördergebiet Soziale Stadt aufgenommen worden sei.

Allerding sei dort das Patio, eine neue Kindertagesstätte sowie P11. Zum P11 sei zu sagen, dass die Resonanzen hierzu hervorragend seien. Ebenfalls sei ein großes Straßenausbauprogramm geplant und auch private Investitionen würden getätigt.

Der Winzler Torplatz sei jedoch ein Problembereich, da dort Probleme mit Besuchergruppen, die unter anderem Alkohol konsumieren, bestünden.

Der Entwurf der Neugestaltung sei mit Beteiligungsaktionen erstellt worden. Zum einen sei eine ältere Beteiligungsaktion im Rahmen der Spielleitplanung mit der Matzenbergschule, der Grundschule und Kindertagesstätte Wittelsbach, des Paulus Kindergarten sowie mit Jugendlichen durchgeführt worden.

Weiterhin sei eine Beteiligungsaktion der Bauhilfe mit einem Planungsbüro aus Saarbrücken im Jahr 2018 getätigt worden, sowie eine Beiteiligungsaktion im Mai 2020 zusammen mit P11 durchgeführt worden.

Eine Tempo-30-Zone sei nicht erforderlich, da eine Gestaltung mit Hochbeeten zur Straße geplant sei.

Eine Steigerung der Qualität und eine Belebung dieses Platzes sei nun das Ziel.

Herr Jankwitz stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 5 zur Niederschrift) die Umgestaltung des Winzler Torplatzes vor.

Ratsmitglied Eschrich regt an, der Platz solle Walter Slodki gewidmet und nach ihm benannt werden, da dieser die Bäume an diesem Platz gespendet und viel für die Stadt getan habe.

Beigeordneter Clauer teilt mit, die Umbenennung zum Walter-Slodki-Platz sei schon einmal im Rat diskutiert worden, jedoch habe der Platz zu diesem Zeitpunkt kein gutes Image gehabt. Auch jetzt sollte man mit der Umbenennung noch warten.

Ratsmitglied Weber zeigt auf, die Spende von Walter Slodki sei keine zweckgebundene Spende gewesen und auch die Notwendigkeit der Umgestaltung stehe in Frage. 100 Meter entfernt sei bereits ein Spielplatz und auch die Besucher würden gleich bleiben. Hier bräuhete man ein Rauch- bzw. Alkoholverbot um diese Besucher verhindern zu können.

Der Vorsitzende teilt mit, der Zuschuss für diese Umgestaltung liege bei 90% und dieses Projekt sei wichtig, um das Viertel aufzuwerten.

Beigeordneter Clauer fügt hinzu, würde der Winzler Torplatz zu einem Spielplatz ernannt, sei dort ein Rauch- bzw. Alkoholverbot.

Ratsmitglied Hussong teilt mit, die Aufwertung dieses Platzes sei zu begrüßen. Allerdings sei am Patio bereits eine Tempo-30-Zone, was hier ebenfalls notwendig sei, da hier ein Spielplatz entstehe.

Der Vorsitzende fügt hinzu, über die Tempo-30-Zone könnte im Verkehrsausschuss beraten werden. Die Straßenverkehrsbehörde teilte allerdings mit, dass eine Temp-30-Zone am Winzler Torplatz nicht notwendig sei.

Ratsmitglied Eyrisch begrüßt die städtebaulichen Maßnahmen und auch die soziale Begleitung sei notwendig. Sie bittet um einen Statusbericht bezüglich der Quartiersarbeit zu einem späteren Zeitpunkt.

Ratsmitglied Riehmer teilt mit, der Winzler Torplatz liege auf dem Schulweg zur Matzenbergschule. Dies sollte der Verkehrsausschuss beachten.

Ratsmitglied Semmet fügt ebenfalls hinzu, die Kreuzgasse würde zum Überholen genutzt werden, dagegen sollte etwas unternommen werden.

Beigeordnete Clauer stellt fest, dies sei bereits für die Verkehrsschau angemeldet.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Vorschlag des Garten- und Friedhofsamtes für die Umbaumaßnahmen auf dem Platz am Winzler Tor wird zugestimmt und der KVA mit 59.400,- € festgestellt.

**zu 5 Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN)
Kofinanzierung der Projekte aus dem Förderprogramm Saubere Luft
Vorlage: 1000/I/61/2020**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 07.05.2020.

Bürgermeister Maas teilt mit, durch dieses Förderprojekt profitiere die Stadt Pirmasens von vielen Entwicklungen.

Ratsmitglied Weber fragt an, ob konkrete Entwicklungen vorliegen, die bereits Vorteile für Pirmasens bringen.

Der Vorsitzende verweist auf die einheitlichen Verbundtarif und den fachlichen Austausch. Ebenfalls könnten die Tickets verbundweit gekauft werden.

Der Stadtrat beschließt mit 3 Enthaltungen, einstimmig:

Der Stadtrat der Stadt Pirmasens stimmt der zeitlich befristeten Sonderumlage zur Kofinanzierung der Förderprojekte aus dem Bundesprogramm „Saubere Luft“ mit den kommunalen Anteilen zu.

Verrechnung: 511100.54144000 Verbandsumlage Zweckverband Rhein-Neckar

**zu 6 Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);
Aufstellung des Bebauungsplans F 121 „Gewerbe- und Industriepark Staffelberg“;
Aufhebungsverfahren zu den Bebauungsplänen F 111, F 112 und F 113
1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans F 121 „Gewerbe- und Industriepark Staffelberg“
2. Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan F 111 „Staffelberg“
3. Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan F 112 „Transportbetonwerk Staffelberg“**

- 4. Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan F 113 „Theo Kleiner Recycling GmbH“**
5. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an den Bebauungsplänen F 121, F 111, F 112 und F 113
6. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an den Bebauungsplänen F 121, F 111, F 112 und F 113
Vorlage: 1004/I/61/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 12.05.2020.

Die Zustimmung sei vorbehaltlich der Befassung des Ortsbeirates Fehrbach am 25.06.2020.

Herr Schreiner teilt mit, die Nachfrage nach Gewerbeflächen sei hoch, weshalb weitere Gewerbeflächen an den angrenzenden Bestand entwickelt werden sollten. Sodann bezieht er sich auf die Beschlussvorlage und erklärt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) den Bebauungsplan.

Ratsmitglied Hussong fragt an, ob viele der Grundstücke im Eigentum der Stadt Pirmasens seien.

Herr Schreiner bejaht dies.

Der Stadtrat beschließt vorbehaltlich der Fassung des Ortsbeirates Fehrbach einstimmig:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplans F 121 „Gewerbe- und Industriepark Staffelberg“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 30 BauGB beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ist Bestandteil des Beschlusses und den [Anlagen 2 und 3](#) zu entnehmen.
2. Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan F 111 „Staffelberg“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ist Bestandteil des Beschlusses und den [Anlagen 2a und 4a](#) zu entnehmen.
3. Die Aufhebung des Aufstellungsverfahrens für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan F 112 „Transportbetonwerk Staffelberg“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ist Bestandteil des Beschlusses und den [Anlagen 2a und 4b](#) zu entnehmen.
4. Die Aufhebung des Aufstellungsverfahrens für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan F 113 „Theo Kleiner Recycling GmbH“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ist Bestandteil des Beschlusses und den [Anlagen 2a und 4c](#) zu entnehmen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB zu beteiligen
 - an der Aufstellung des Bebauungsplans F 121 „Gewerbe- und Industriepark Staffelberg“ anhand des vorliegenden Entwurfs zum Bebauungsplan F 121 „Gewerbe- und Industriepark Staffelberg“,
 - an der Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan F 111 „Staffelberg“,
 - an der Aufhebung des Aufstellungsverfahrens für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan F 112 „Transportbetonwerk Staffelberg“,
 - an der Aufhebung des Aufstellungsverfahrens für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan F 113 „Theo Kleiner Recycling GmbH“.

ungsplan F 113 „Theo Kleiner Recycling GmbH“.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs.1 BauGB zu beteiligen
- an der Aufstellung des Bebauungsplans F 121 „Gewerbe- und Industriepark Staffelberg“ anhand des vorliegenden Entwurfs zum Bebauungsplan F 121 „Gewerbe- und Industriepark Staffelberg“,
 - an der Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan F 111 „Staffelberg“,
 - an der Aufhebung des Aufstellungsverfahrens für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan F 112 „Transportbetonwerk Staffelberg“,
 - an der Aufhebung des Aufstellungsverfahrens für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan F 113 „Theo Kleiner Recycling GmbH“.

zu 7 Auftragsvergaben

zu 7.1 73 Generalsanierung BBS - Gebäude "A" - Los 07 Heizung - ohne Verkabelung mit MSR -Auftragsvergabe - Vorlage: 0998/II/65.2/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 30.04.2020.

Bürgermeister Maas erklärt, die Vergabe solle an die Firma BVT Bellmann GmbH aus Dillingen zu 269.108,41€ erfolgen. Somit liege man 77.316,06 € unterhalb des Kostenvoranschlages.

Ratsmitglied Sefrin fragt an, ob der Wartungsauftrag bereits vergeben worden sei.

Bürgermeister Maas verneint dies.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das Los 07 Heizungsanlage - mit MSR-Technik (**Mess-, Steuer- und Regel-**technik), wird an die Firma **BVT Bellmann GmbH**, Röntgenstr. 6, in 66763 Dillingen, zum Angebotspreis von **269.108,41 €** (brutto) vergeben.

Verrechnung: Inv.Nr. 2310000003 „BBS; Energetische und Brandschutzsanierung“

zu 7.2 Ausbau der Hohmärtelstraße - Vergabe der Straßenbauarbeiten Vorlage: 1003/II/66.2/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 12.05.2020.

Bürgermeister Maas teilt mit, 3 Bieter hätten ein Angebot abgegeben. Der Auftrag solle an das wirtschaftlichste Angebot von Peter Gross Infra zu 847.209,22 € vergeben werden. Des Weiteren könnten die Mehrkosten in Höhe von rund 27.000 € im Rahmen des Gesamt-KVA abgefangen werden.

Der 1. Bauabschnitt sei von Juli bis Mitte November von der Karl-Theodor-Straße bis zur Sonnenstraße. Der 2. Bauabschnitt sei von März bis Mai 2021 von der Sonnenstraße bis zur Winzler Straße.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Durchführung der Bauarbeiten zum Ausbau der Hohmärtelstraße werden der Fa. Peter Gross Infra GmbH aus Pirmasens gemäß dem überprüften Angebot vom 06.05.2020 mit einer Auftragssumme von insgesamt

847.209,22 € brutto übertragen.

Die Verrechnung der Kosten für die Baumaßnahme erfolgt über die Investitions-Nummer 5416080042.

zu 8 Zuschuss an Dynamikumverein zur Verlustabdeckung für das Wirtschafts-
jahr 2018
Vorlage: 1006/II/20/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 14.05.2020.

Beigeordneter Clauer erklärt, im Haushalt sei ein Verlust für bis zu 150.000 € eingeplant. Der Festgestellte Verlust des Dynamikumvereins für das Wirtschaftsjahr 2018 betrage 98.905,14 €.

Mit einer Öffnung des Dynamikums sei am 11. Juni zu rechnen.

Der Vorsitzende fügt hinzu, es sei damit zu rechnen, dass das Dynamikum nur eingeschränkt öffnen könnte.

Die Anfrage der Stadtratsfraktion CDU vom 20.04.2020 bezüglich "Auswirkung der Corona-Pandemie auf die Pirmasenser Jugendherberge", sei in der Sitzung am 27.04.2020, durch Ratsmitglied Eyrisch um die finanzielle Situation des Dynamikums ergänzt worden. Hierzu habe sich die Stadt hilfesuchend an das Ministerium gewandt.

Ratsmitglied Schwarz fragt an, für welches Haushaltsjahr die Mittel eingeplant seien.

Bürgermeister Maas fügt hinzu, diese seien im Haushaltsjahr 2020 eingeplant.

Ratsmitglied Eschrich fragt an, wie die Kosten für das laufende Jahr übernommen würden.

Beigeordneter Clauer erklärt, hierzu könnte man noch keine Aussage treffen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der festgestellte Jahresverlust des Dynamikumvereins für das Wirtschaftsjahr 2018 in Höhe von 98.905,14 Euro wird aus Haushaltsmitteln der Stadt Pirmasens abgedeckt.

Verrechnung: Produktsachkonto 281300.54190001 „Zuschuss Dynamikumverein“

zu 9 Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 0976/I/10.1/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 01.04.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Annahme der folgenden Spenden:

Spender	Zweck	Betrag
Dr. Heinz Kau, Kriftel	Spende für den Heimatbrief Dr. Heinz Kau erhält jährlich den Heimatbrief	150,00 €
Katholische Frauengemeinschaft Fehrbach, Pirmasens	Geldspende für die Kindertagesstätte Fehrbach	200,00 €
Stiftung der Sparkasse Südwestpfalz, Pirmasens	Spende an die Spiel- und Lernstube im Winzler Viertel	1.500,00 €
APL Automobile- Prüftechnik Landau GmbH, Landau in der Pfalz	Spende für die Kindertagesstätte „Haus des Kindes“	2.000,00 €
Pirmasenser Tafel e.V., Pirmasens	Spende an Spiel- und Lernstube im Winzler Viertel für den Lebensmittelkauf zur Mittagsverpflegung	2.400,00 € (monatlich 200,00 € von Januar bis Dezember 2020)
Herrn Marc Claus Schmidt, München	Spende an Pakt für Pirmasens	250,00 €
Allgeier Enterprise Services AG, Pirmasens	Spende an Pakt für Pirmasens	1.000,00 €
Herr Hans-Heinrich Breitinger, Pirmasens	Spende an Pakt für Pirmasens	995,00 €

zu 10 Resolution "Kommunaler Rettungsschirm und Altschuldenhilfe angesichts der Corona-Pandemie"
Vorlage: 1007/I/10.1/2020

Der Vorsitzende berichtet, dass durch den Vorschlag der Resolution die Bedeutung des Themas dem Rat noch einmal näher gebracht werden solle. Die Pro-Kopf-Verschuldung sei hoch in Pirmasens, die Stadt drücken 350 Millionen Euro Schulden, allein 2020 entstünden 17 Millionen Euro Neuschulden, auch Corona werde zu weiteren Schulden führen. Finanzminister Scholz habe einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Demnach solle die ausbleibende Gewerbesteuer abgefangen werden und darüber hinaus sollen Bund und die Länder die Altschulden der Kommunen übernehmen.

Dies sei eine historisch einmalige Chance. In wirtschaftlicher Hinsicht sei dies für die Stadt die Gelegenheit, die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt stehe auf dem Spiel. Finanzthemen seien sehr oft abstrakt. Er wirft daher die Frage auf, was sich die Stadt zukünftig noch leisten könne. Als Beispiele nennt er Neubauten von Kindertagesstätten, Feste, Stadtbücherei oder die Sporthallen.

Er berichtet weiter, dass der Vorschlag vorsehe, dass alle Altschulden auf einen Schlag weg sollen, zu jeweils 50% von Bund und Land, daher werde dieses Thema zurzeit auch auf zwei Spielfeldern beraten: Auf der Bundesebene sei die Solidarität aller Bundesländer erforderlich, vom Land Rheinland-Pfalz seien erste positive Signale zur Übernahme von 50% der Altschulden zu erkennen.

Der Bund fordere aber, dass die Länder künftig in Form des Landesfinanzausgleichs etwas gegen die Neuverschuldung der Kommunen tun müssen.

Er appelliert an den Stadtrat, den Vorschlag von Olaf Schulz parteiübergreifend zu unterstützen, diese Chance komme nie wieder.

Ratsmitglied Eschrich sagt, dass der Resolutionstext in Ordnung sei, die Hintergründe der Verschuldung blieben dabei aber außer Acht. Auch habe es mittlerweile auch Meldungen gegeben, dass andere Bundesländer und auch die CDU-Fraktion im Bundestag sich bereits gegen diesen Vorschlag von Olaf Scholz ausgesprochen hätten. Weiterhin gibt er zu bedenken, ob die Verabschiedung der Resolution überhaupt erfolgsversprechend sei. Die Ursache für die hohen Schulden seien die hohen Sozialausgaben.

Der Vorsitzende entgegnet, dass etwas bewegt werden könne, es seien bundesweit 11 Millionen Menschen betroffen, diese hätten ein gewichtiges Wort. Es sei seine Pflicht, hierfür zu kämpfen. Der Vorschlag sei sehr gerecht, Bayern und Baden-Württemberg würden nichts bezahlen müssen, es sei lediglich Solidarität für die anderweitige Verwendung von Bundesmitteln nötig.

Ratsmitglied Eyrisch berichtet, dass es ein Element des Gremiums sei über Sinn und Unsinn einer Resolution zu beraten. Man solle die Chance nutzen, der Vorschlag von Olaf Schulz sei sehr gut. Sie bedauere auch die ablehnende Haltung der CDU. Aber auch beim Landesfinanzausgleich müsse sich etwas ändern, sie appelliert daher an alle Beteiligten zur Lösung des Problems beizutragen.

Der Vorsitzende entgegnet, dass die Verantwortung sowohl beim Bund als auch bei den Ländern liege, der Vorschlag könne immer noch scheitern.

Ratsmitglied Tilly führt aus, dass es von Olaf Scholz bereits einen ähnlichen Vorschlag gegeben habe, dieser sei mit Blick auf die Last der Kommunen durch Corona jetzt noch ergänzt worden. Man müsse diese Chance nutzen. Den Verzicht auf den Ausgleich der Gewerbesteuererinnahmen durch das Land Baden-Württemberg könne er nicht nachvollziehen, auch diese Länder sollen diesem Vorschlag zustimmen, die SPD-Fraktion stimme für die Resolution.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Den Resolutionstext „Kommunaler Rettungsschirm und Altschuldenhilfe angesichts der Corona-Pandemie“ (Anlage 7 zur Niederschrift).

zu 11 Anträge der Fraktionen

zu 11.1 Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE/PARTEI vom 13.05.2020 bzgl. "Resolution Kommunales Bauen - Baupreisdeckel"

Ratsmitglied Eschrich stellt den Antrag gemäß der schriftlichen Antragsbegründung vor (siehe Anlage 8 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende stellt fest, die Intension des Antrages sei, wie die Kosten für die Stadt verringert werden könnten. Jedoch fragt er nach, wie der Antrag verstanden werden sollte.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, der Ausdruck des politischen Willens sei vorgesehen. Der Gesetzgeber sollte jedoch einen eigenen Entscheidungsspielraum behalten. Die Verordnung könnte erlassen werden, wenn sich diese in der Praxis jedoch nicht bewähre, könnte sie wieder aufgehoben werden.

Der Vorsitzende erklärt, dann bestehe die Gefahr, dass die Stadt keine Angebote mehr erhalte.

Ratsmitglied Weber ergänzt, man könnte den Preis bei Ausschreibungen senken, hier sei allerdings auch die Gefahr, dass die Stadt keine Angebote mehr erhalte. Die Stadt versuche immer das beste Angebot zu bekommen. In spätestens 2 Jahren seien die Auswirkungen der Corona Krise auch in der Baubranche spürbar. Dann würde sich der Markt von alleine regulieren, da die Unternehmen auf die Aufträge angewiesen seien.

Ratsmitglied Wink teilt mit, mit dieser Verordnung würde dann eine Konkurrenz zu anderen Bundesländern entstehen, beziehungsweise zu Unternehmen aus anderen Bundesländern. Des Weiteren sei dieser Antrag realitätsfremd, da den Bauunternehmen nicht vorgeschrieben werden könnte, welche Preise erhoben werden dürften.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, der Grundgedanke des Antrages sei nicht verkehrt, jedoch substanzlos im Ergebnis.

Ratsmitglied Tilly teilt mit, der Gedanke hinter diesem Antrag sei gut, allerdings sei gut gemeint nicht immer gut gemacht.

Der Vorsitzende schlägt vor, der Antrag solle nochmals überarbeitet werden und zu einem anderen Zeitpunkt erneut gestellt werden.

Bürgermeister Maas fügt hinzu, niedrige Baukosten seien im Sinne aller. Man sollte sich jedoch die Frage stellen, ob diese Resolution im Widerspruch zu geltendem Recht stehe. Gründe für zu hohe Baukosten seien der überhitzte Markt und auch die vielen privaten und öffentlichen Bereichen in denen investiert würde.

Gleichzeitig würden die zunehmenden Standards und Ansprüche des Gesetzgebers einen Preistreiber darstellen.

Sodann stellt der Vorsitzende fest, der Antrag würde zurück gestellt und zu einem späteren Zeitpunkt erneut gestellt.

zu 11.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2020 bzgl. "Nachtragshaushalt 2020"

Ratsmitglied Schwarz stellt den Antrag gemäß der schriftlichen Antragsbegründung vor (siehe Anlage 9 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende teilt mit, das Land habe darauf hingewiesen, dass zurzeit kein Nachtragshaushalt verabschiedet werden müsste. Der Nachtragshaushalt sei allerdings nach der Sommerpause geplant.

Trotzdem sei hinzuzufügen, dass die Stadt verpflichtet sei, die Auswirkungen der Corona Krise stets zu beobachten.

Bürgermeister Maas erklärt, die Stadt kontrolliere kontinuierlich die Ein- und Ausgaben und auch die Auswirkungen der Corona Pandemie würden stets beobachtet. Die Szenarien über die Entwicklungen würden regelmäßig im Ältestenrat dargestellt.

Aktuell seien keine wesentlichen Verschiebungen bekannt. Weiterhin gebe es keine Erkenntnisse, dass die Kreditermächtigungen für Investitionen aus der aktuellen Haushaltsgenehmigung nicht ausreichen.

Da die Erkenntnisse zurzeit noch unklar seien, sei im zweiten Halbjahr mit dem Nachtragshaushalt zu rechnen.

Ratsmitglied Tilly erklärt, die Stadtratsfraktion SPD würde den Antrag bis zur Sommerpause zurück stellen.

Ratsmitglied Weber erklärt, der Nachtragshaushalt sei ein laufendes Geschäft der Verwaltung weshalb ein Antrag nicht nötig sei.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, die Stadtratsfraktion SPD werde den Antrag bis nach der Sommerpause zurückstellen.

zu 11.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2020 bzgl. "Pirmasens isst auf seinen Plätzen"

Anmerkung der Protokollführung: Der Tagesordnungspunkte 11.3 wurden zusammen mit TOP 2 (Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für Außenbewirtung anlässlich der Corona-Krise) behandelt.

zu 12 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 12.1 Beantwortung von Anfragen

zu 12.1.1 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 20.04.2020 bzgl. "Auswirkung der Corona-Pandemie auf die Pirmasenser Jugendherberge"

Der Vorsitzende teilt mit, eine Anfrage bzgl. "Auswirkung der Corona-Pandemie auf die Pirmasenser Jugendherberge" liege seitens der Stadtratsfraktion CDU vor. Die Beantwortung dieser Anfrage übernehme Beigeordneter Clauer.

Beigeordneter Clauer erklärt, das Hilfsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz habe ein Volumen von 9 Mio. € und stehe für 180 Einrichtungen zur Verfügung.

Die Wiedereröffnung der Jugendherberge sei für den 18.05.2020 geplant. In der Zeit zwischen Schließung und Wiedereröffnung entstand ein Verlust von ca. 330.000 €, jedoch würde sich nun die Lage entspannen.

Ratsmitglied Eyrisch teilt mit, mit dieser Beantwortung sei die Anfrage erledigt. Des Weiteren zeigt sie auf, Herr Geditz habe das Engagement aus Pirmasens begrüßt.

Der Vorsitzende fügt hinzu, Herr Geditz sehe die Unterstützung durch die Stadt Pirmasens.

zu 12.2 Informationen

zu 12.2.1 Geplante Gesetzesänderung GemO

Der Vorsitzende teilt mit, durch die geplante Gesetzesänderung sei es möglich, Entscheidungen im Umlaufverfahren oder per Telefonkonferenz zu treffen. Desbezüglich würde man den Stadtrat auf dem Laufenden halten.

zu 12.2.2 Schuhstadt Pirmasens

Der Vorsitzende teilt mit, der Beginn der Pirmasenser Schuhstadt verzögere sich auf Grund der Corona Pandemie. Jedoch seien bereits unverbindliche schriftliche Zusagen zugesandt worden. Auch für die Stadtratssitzung am 29.06.2020 seien weitere Informationen geplant, unter anderen konkreten Rückmeldungen von potentiellen Mietern. Zielsetzung sei es nun ein Gefühl für die Entwicklung für das Projekt zu bekommen.

Ratsmitglied Welker fragt an, wie viel der geplanten Fläche bereits vermietet sei.

Der Vorsitzende erklärt, zurzeit liegen ausschließlich Absichtserklärungen der Mieter vor und keine Verträge.

zu 12.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 12.3.1 Carsharing in Pirmasens - Mobilität und Umweltschutz fördern

Ratsmitglied Wink stellt die Anfrage vor: "Der Landtag Rheinland-Pfalz hat in der Plenarsitzung im April 2020 den Grundstein für das Stationen basierte Carsharing gelegt. Durch die Ergänzung des Landesstraßengesetzes wird es den Gemeinden in Rheinland-Pfalz ermöglicht, Sondernutzungserlaubnisse für das Carsharing in Bezug auf Landes-, Kreis-, Gemeinde- und sonstige Straßen zu erteilen, so auch in Pirmasens.

Die FDP-Fraktion bittet vor diesem Hintergrund um die Beantwortung folgender Fragen:

- Gibt es bereits Planungen für exklusive Flächen für Stationen basiertes Carsharing in Pirmasens? Falls ja, welche?
- Finden bereits Gespräche bzw. Auswahlverfahren mit Carsharinganbietern statt?

Für die FDP-Fraktion stellt das stationenbasierte Carsharing eine große Chance für die Zukunft dar. Carsharing hat viele Vorteile. Es werden Ressourcen gespart, die Parkplatzsituation wird entschärft, oder Menschen, die sich kein eigenes Auto leisten können, werden mobiler."

Beigeordneter Clauer zeigt auf, in Pirmasens gebe es mehrere Bereiche, die sich für das Stationen basierte Carsharing anbieten würden. Zum einen sei der Bahnhof, die Husterhöhe, in der Nähe des Sommerwaldes und in der Nähe der Fachhochschule geeignet. Allerdings habe man 15 Anbieter angefragt und 15 Absagen erhalten. Die Gründe hierfür seien zum einen zu wenig Einwohner und ein zu Kfz-lastiger Verkehr. Vorgesehen sei es, ein Gutachten von Ecolibro, in Anlehnung an das Konzept in Flensburg, zu erstellen. Hier seien mehrere Unternehmen mit eingebunden, wie zum Beispiel die Verwaltungen, Versicherungen und Banken, um die wirtschaftliche Grundauslastung darzustellen.

zu 12.3.2 Öffentlicher Parkplatz Pestalozzistraße

Ratsmitglied Eyrisch teilt mit, die Parkinsel vor dem Palatine Tattoo in der Pestalozzistraße sei in einem schlechten Zustand. Sie bittet um Überprüfung.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 12.3.3 Grab der Schuhfabrikantenfamilie Rampendahler

Ratsmitglied Eyrisch teilt mit, in einem Artikel in der Rheinpfalz sei über den geplanten Memoriamgarten im Eingangsbereich des Waldfriedhofes berichtet worden. Hier sei erwähnt worden, dass zum Beispiel auch der Bereich um das ehemalige Grab der Schuhfabrikantenfamilie Rampendahler für einen solchen Memoriamgarten ausgewiesen werden konnte. Das Nutzungsrecht für das Grab sei abgelaufen, weshalb die Namen abgeschliffen werden könnten, um neue Namen einzuschreiben. Sie bittet darum, das Abschleifen der Namen nochmals zu überdenken, da die Familie eine Hauptfigur aus Zeiten der Schuhmetropole für die Stadt Pirmasens darstelle.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 12.3.4 Sozialschutzpaket

Ratsmitglied Tilly teilt mit, laut dem 2. Sozialschutzpaket der Bundesregierung habe jedes bedürftige Kind bei pandemiebedingten Schließungen der Schulen und Kitas einen Anspruch auf eine warme Mahlzeit zu Hause. Er fragt an, ob es in Pirmasens hierzu einen Bedarf gebe.

Der Vorsitzende erklärt, das Schulverwaltungsamt sei bereits in der Prüfung. Bis jetzt seien keine Nachfragen diesbezüglich eingegangen. Mittlerweile seien auch viele Schülerinnen und Schüler wieder in der Schule.

zu 12.3.5 Vergabe Rückbau Kaufhalle

Ratsmitglied Hussong erklärt, der Auftrag zum Rückbau der ehemaligen Kaufhalle sei am 27.04.2020 an die Baufirma Korz vergeben worden und nun habe ein Mitbewerber, dessen Angebot ausgeschlossen worden, einen Widerspruch eingereicht.

Er fragt an, ob der Verwaltung bekannt war, dass dieser einen Widerspruch einreichen würde und wann dies der Verwaltung bekannt wurde. Des Weiteren fragt er an, ob der Verwaltung bekannt gewesen sei, dass kein Konzept zur Entsorgung vorliege.

Bürgermeister Maas erklärt, die Frist für die Einlegung eines Widerspruches betrage 15 Kalendarstage. Die Absage für den Mitbewerber sei erst nach der Stadtratssitzung am 27.04.2020 erfolgt.

Bis zur Gerichtsverhandlung bestehe ein einstweiliger Rechtsschutz. Des Weiteren fügt er hinzu, ein Entsorgungskonzept sei acht Tage nach der Auftragsvergabe angefordert worden.

zu 12.3.6 Hohes Verkehrsaufkommen auf der alten B10

Ratsmitglied Riehmer teilt mit, von der alten B10 in Richtung Hundeverein Höheischweiler bestehe ein Durchfahrtsverbot, jedoch seien dort viele Fahrzeuge auch mit hoher Geschwindigkeit unterwegs. Ebenfalls sei das Schild des Durchfahrverbotes in einen Baum eingewachsen und kaum erkennbar. Sie fragt an, ob es möglich sei, hier Kontrollen durch das Ordnungsamt zu veranlassen und gegebenenfalls das Schild zu erneuern.

Beigeordneter Clauer teilt mit, hier sei nicht das Ordnungsamt, sondern die Polizei zuständig. Er sagt eine Prüfung zu.

zu 12.3.7 Veruntreuung von Geldern

Ratsmitglied Schwarz erinnert an seine Anfrage aus der Stadtratssitzung am 02.12.2019.

Der Vorsitzende erklärt, eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft liege noch nicht vor. Diese sollte jedoch in den nächsten Tagen oder Wochen erfolgen.

zu 12.3.8 Begegnungszentrum Patio

Ratsmitglied Hussong fragt an, ob es möglich sei am ehemaligen Gebäude des Begegnungszentrums Patio einen Hinweis auf die neue Anschrift anzubringen.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 12.3.9 ÖPNV als Pflichtaufgabe

Ratsmitglied Vogel stellt die Anfrage vor: "In Rheinland-Pfalz soll durch das neue Nahverkehrsgesetz der ÖPNV zur Pflichtaufgabe der Kreisfreien Städte und Landkreise werden. Im Gesetzesentwurf sind allerdings keine erhöhten Finanzmittel für die Umsetzung dieser Pflichtaufgabe vorgesehen.

Unsere Fragen dazu sind:

1. Wird die Stadt Pirmasens Initiativen ergreifen (allein oder mit anderen Kommunen bzw. dem Städtetag), um eine Erhöhung der Mittel und eine bessere Finanzausstattung zu erreichen?
2. Welche Auswirkungen wird das neue Gesetz auf Pirmasens haben und welche Maßnahmen sind zur Verbesserung des ÖPNV geplant, insbesondere in Hinblick auf:
 - Berücksichtigung eines verbesserten Angebotes im Rahmen der neuen Verkehrsleitplanung, insbesondere Beschleunigung des Busverkehrs durch Ampelschaltungen, Busfahrspuren etc.
 - Dichteren Takt auf den Buslinien
 - Günstigere und flexiblere Gestaltung der Tarife
 - Beseitigung von unterschiedlicher Geltung von Tickets innerhalb des VRN-Gebiets (Problematik Maxx Ticket)
 - Zukünftige Anschaffung neuer Fahrzeuge durch die Stadtwerke (Elektro- und Brennstoffzellenbusse statt Dieselfahrzeugen)
3. Welche Auswirkungen hat die Gesetzesänderung für die vorhandenen Verkehrsverbünde, bei und der VRN und der Vernetzung mit anderen Bundesländern."

Bürgermeister Maas teilt mit, den ÖPNV zur Pflichtaufgabe zu machen, würden die Kommunen seit längerem fordern. Wenn der ÖPNV eine Pflichtaufgabe sei, sei die Diskussion über die Standards und Anforderungen in Verbindung mit ihrer Finanzierung als sogenannte "freiwillige Leistung" beendet. Bei der Finanzierung würden sich das Land mit 40% und der neu zu organisierende Verbund mit 60% beteiligen. Der Verteilungsschlüssel des zu organisierenden Verbunds sei jedoch noch unklar.

Sodann verliest Bürgermeister Maas Seite 29, letzter Satz, der Gesetzesbegründung des Gesetzesentwurfs, da dort die Formulierung zur Konnexität schwierig sei.

Weiterhin liege zurzeit eine Unstimmigkeit zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem VRN vor. Auch müssten weiterhin Inhousevergaben möglich sein und der steuerliche Querverbund müsste ebenfalls erhalten bleiben. Die Einflussnahme der Kommunen sei 1 Stimme bei je angefangen 50.000 Einwohnern.

Zur Anschaffung sei zu sagen, dass bereits jetzt Busbeschleunigungen vorhanden seien und auch neue Busse beziehungsweise Fahrzeuge angeschafft werden sollten.

zu 12.3.10 Werbeschild für die Stadt Pirmasens an der B10

Ratsmitglied Semmet teilt mit, das Werbeschild für die Stadt Pirmasens an der B10, Höhe Waldfriedhof, sei zugewachsen. Er bittet darum, das Schild freizuschneiden.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 18.00 Uhr.

Pirmasens, den 02. Oktober 2020

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung

gez. Daniel Durm
Protokollführung (bei TOP 2,
10, 11.3)